

**Rede des Vorsitzenden des Katholikenrates, Steffen Flicker,
zum Neujahresempfang des Bischofs von Fulda, am 1.1.2017**

Sehr geehrter, lieber Bischof Algermissen,
verehrte Mitglieder der Bistumsleitung,
liebe Mitglieder des Priesterrates,
verehrte Vertreter aus den kath. Verbänden, aus Politik und Gesellschaft.

POSTFAKTISCH – Das Wort des Jahres 2016. Beschrieben wird damit die Praxis, Gefühlen und Spekulationen mehr zu glauben als Tatsachen.

Ist das ein neuer Trend? Eine Tendenz, die sich in der politischen Debatte aktuell verstärkt? Und was bedeutet dies für unsere politische Kultur? Was bedeutet dies für das Wahljahr 2017 und was bedeutet dies für unser gesellschaftliches Miteinander?

Ganz neu, scheint mir, ist das alles nicht. Schon Friedrich Nietzsche war der Auffassung: „Es gibt keine Fakten! Nur Interpretation.“ Diesen Ansatz griffen relativistische Denker auf, um zu argumentieren, dass jede Version eines Ereignisses eine eigene Realität habe, dass Unwahrheiten „eine alternative Sichtweise“ darstellten, weil ohnehin alles relativ sei.

Wenn also das Gefühl mehr zählt als empirische Befunde, wenn das zu noch mehr POPULISMUS in politischen Auseinandersetzungen führt, kann man sich aus guten Gründen darüber aufregen. Aber man muss dies vor allem ernst nehmen und man darf dabei nicht stehen bleiben.

Wenn Statistiken ausweisen, dass zum Beispiel die Kriminalität in den letzten Jahren sukzessive abnimmt, die Menschen aber das GEFÜHL haben, dass die Kriminalität zunimmt und sie sich weniger sicher fühlen, dann kann man sie belehren, ihnen Statistiken vorlegen, aber man muss die Sorgen der Menschen vor allem ernst nehmen.

Viele Menschen verlassen sich vielleicht auch gerade einer immer komplexer werdenden Welt stärker auf ihr Gefühl. Welche Schlussfolgerungen ziehen wir aus diesem Befund? Soll man nur noch nach Emotionen und nach der „gefühlten Wirklichkeit“ gehen, letztlich das „Geschäft“ der Populisten mitmachen? Dies kann sicher nicht die Lösung sein.

Den heutigen Neujahrstag begeht die katholische Kirche als Weltfriedenstag. Heute begehen wir diesen Tag zum 50. Mal. Papst Franziskus hat diesen 50. Welttag des Friedens unter das Thema „Gewaltlosigkeit – Stil einer Politik für den Frieden“ gestellt. An diesem Weltfriedenstag ruft der Papst die Repräsentanten aller Staaten dazu auf, gemeinsam Verantwortung für ein gewaltloses Zusammenleben der Menschheitsfamilie zu übernehmen. Angesichts der unsäglichen Gewalt in Aleppo, im Südsudan, in Mossul und an vielen anderen Orten der Welt ist diese Aufforderung des Papstes dringend geboten.

Der Journalist Heribert Prantl schreibt in der Weihnachtsausgabe 2016 der Süddeutschen Zeitung: „Das Jahr 2016 war ein Jahr an der Schwelle vom Zweifel zur Verzweiflung. Es war, als habe die Weltgeschichte den Weltstaubsauger eingeschaltet. Es ist, als säßen an den Reglern der Saugleistung Populisten und Nationalisten, diejenigen, von denen man glaubt, dass ihre Zeit vorbei ist – und dazu, immer und immer wieder, die Terroristen. Es ist, als saugten sie die bisherigen Grundgewissheiten weg und den Boden der Gewissheiten gleich

mit.“ Soweit der Befund von Prantl. Ja, wir befinden uns in tiefgreifenden Veränderungen. Die Welt scheint aus den Fugen zu geraten. Die Welt wird bodenlos.

In Deutschland wird ein Weihnachtsmarkt in Berlin zum Ort des Terrors. Menschen fühlen sich nicht mehr sicher. Die Weltzuversicht vieler Menschen ist zerborsten. Der Glaube daran, dass Demokratie und Rechtsstaatlichkeit sich, und sei es langsam, weiterentwickeln, hat tiefe Risse. Immer mehr Menschen meinen, sie seien durch eine Welt der Globalisierung und Digitalisierung austauschbar gemacht worden. Sie seien abgehängt und zu Verlierern geworden.

Ich habe den Eindruck: Wir sind so mobil wie keine Generation zuvor – wissen aber kaum, auf welches Ziel hin. Im griechischen Zeitalter war der Mensch das Maß aller Dinge. Heute scheint es: Sind die Dinge das Maß aller Menschen. Ich greife nochmals das Leitmotiv auf, das Papst Franziskus für den heutigen 50. Weltfriedenstag formuliert hat: „Gewaltlosigkeit – Stil einer Politik für den Frieden.“

Das Vordringen von Gewalt wird auch in anderer Hinsicht in der Erinnerung dieses Jahres bleiben. Ich meine die verbale, kommunikative Gewalt. Ich meine das Eindringen von Hämie und Hass in unsere politische Kultur. Sie wurden verbreitet durch Kommunikationsmittel, die uns doch angeblich immer mehr miteinander verbinden sollen. Sie tun das, gewiss, und niemand kommt mehr ohne sie aus. Sie schaffen aber auch eine neue Art von Öffentlichkeit, in der Verrohung herrscht und staatlicher Kontrollverlust. Oft wird diese Verbal-Gewalt durch die Angst vor dem Fremden erklärt oder den Verlust von politischer Heimat. Aber irgendwann geht es nicht mehr um Verstehen, sondern um Abgrenzung.

Wir brauchen daher dringend Regeln und Kontrolle für die soziale Kommunikation in den Plattformen und Foren des Internet. Die Verunsicherung vieler Menschen angesichts zunehmender Gewalt um sie herum ist groß und hat im vergangenen Jahr erneut zugenommen.

Es gibt aus meiner Sicht grundsätzlich zwei Möglichkeiten, auf das Vordringen von Gewalt zu reagieren und diese Reaktionen sehen wir überall auf der Welt:

Entweder ziehe ich mich auf mich und mein Land zurück, schotte mich ab und versuche, einfache Antworten auf das zu finden, was so kompliziert erscheint. Oder aber wir treten ein dafür, dass wir unsere Werte, die wir für richtig und wichtig halten, nicht nur bei uns zu Hause stärken, sondern versuchen, sie gemeinsam mit unseren europäischen Partnern, gemeinsam mit den Vereinigten Staaten von Amerika, gemeinsam mit Verbündeten auf der ganzen Welt in die Welt zu tragen. Ich glaube, dass wir heute bei der voranschreitenden Globalisierung darauf setzen sollten, gemeinsam zu handeln.

Wir können kaum den gesamten Hunger der Welt bekämpfen, noch können wir für 65 Millionen Flüchtlinge die Probleme lösen, noch können wir überall die politischen Ordnungen so verändern, wie wir uns das wünschen. Aber sind wir dazu bereit, mit unserer Erfahrungsgeschichte der sozialen Marktwirtschaft, einer gesellschaftlichen Ordnung, von der ich nach wie vor glaube, dass sie ein Höchstmaß an wirtschaftlicher Stärke und sozialer Gerechtigkeit im Sinne der katholischen Soziallehre mit sich bringt, in diesem Sinne für eine Schärfung, für eine Gestaltung der Globalisierung einzutreten? Oder sind wir dazu nicht bereit und ziehen uns auf uns selbst zurück?

Vor dieser Frage stehen wir. Diese Frage müssen wir beantworten.

Ich sage nochmal, dass wir auf Gemeinsamkeit, auf Gestaltung der Globalisierung zusammen mit anderen setzen sollten. Im Gestern waren wir schon. Der Demokrat sollte die Wiederkehr der Zustände verhindern, denen er entkommen ist.

Lassen Sie mich zum Schluss drei Aspekte zusammenfassen:

1. Globalisierung und Digitalisierung kann – und an das zu erinnern bleibt Aufgabe von Kirche und Katholiken – nicht nur ökonomisch gedacht werden. Sie müssen auch sozial gedacht werden. Nicht das SOZIALE muss neu gedacht werden, sondern das NEUE muss sozial gedacht werden.

Indem wir die Lebensverhältnisse anderswo verbessern und für Gerechtigkeit und Frieden sorgen, bekämpfen wir die Ursachen für Flucht. Wenn wir das zu wenig tun, müssen wir mit den Folgen leben: massenhafte Migration und Stärkung radikaler politischer Kräfte.

2. Das Vordringen des Terrorismus nach Europa und nach Deutschland. Es geht jetzt um die Frage, ob wir uns der Angst überlassen, ob wir als europäische Zivilgesellschaften zu Einigkeit und Entschlossenheit finden. Das Problem hat eine außenpolitische Dimension, bei der wir nach Lage der Dinge keine kurzfristige Lösung erwarten können. Ich persönlich halte militärische Interventionen übrigens eher für die Ursache als für die Lösung des Problems. Deutschland muss sich, auch angesichts des Ansehens, das wir in den letzten 25 Jahren erarbeiten haben, vor allem als Vermittler einbringen.

3. Die Kirche und die Christen sind in eine wichtige Rolle geraten – es ist die Rolle der Rückkoppelung der sogenannten christlichen Werte an die politische Realität. Solidarität, Lastenteilung, Hilfe für die Schwachen sind plötzlich konkret geworden. In vielen Pfarrgemeinden gibt es hier vorbildliche Projekte.

Im Bistum Fulda machen sich Katholikenrat und Pfarrgemeinderäte gemeinsam auf den Weg. Seit einigen Jahren arbeiten wir in guter Kooperation. Gemeinsam suchen wir nach Wegen und Konzepten für eine zukunftsfähige Pastoral – damit Kirche vor Ort lebendig bleibt. Katholikenrat und Pfarrgemeinderäte haben im vergangenen Jahr gemeinsam mit der Gruppe der hauptamtlichen Laien im pastoralen Dienst und der Bistumsleitung einen sogenannten Zukunftskonvent zum Thema „Gemeinsam Kirche sein – Beauftragung von Laien“ durchgeführt. In diesem neuen Jahr 2017 wird es im MÄRZ einen II. Zukunftskonvent geben, um die Ergebnisse weiterzuentwickeln und um konkreter zu werden. Ich freue mich auf diese gelungene Form der Zusammenarbeit der Räte in einem synodalen Geist.

Und so darf ich Ihnen allen für den Katholikenrat und - so ist es abgesprochen – auch im Namen von Jan Kremer und Sebastian Blümel, den Sprechern des Priesterrates, für dieses vor uns liegende, neue Jahr 2017 alles Gute, viele Momente gelingender Zusammenarbeit und Begegnung wünschen.

Und bei aller Sorge vor dem Hintergrund politischer und gesellschaftlicher Herausforderung darf ich Ihnen Zuversicht, Mut und Tatkraft wünschen, damit wir aus der Quelle unseres Glaubens den Menschen, für die wir Verantwortung tragen, Boten der Hoffnung und der Zuversicht sein können. Denn wer die Hoffnung vor seinen Wagen spannt, fährt doppelt so schnell.

In diesem Sinne rufe ich Ihnen – angesichts der vor Ihnen stehenden und hoffentlich noch gefüllten Gläser zu: Prost Neujahr 2017!